

Pro Nonnenstieg

Initiative zum
Schutz der Lebensqualität
des nördlichen Ostviertels e.V.



Pressemitteilung von Pro Nonnenstieg e.V. vom 22.11.2013

Göttinger Stadtverwaltung ignoriert eigene Naturschutzbeauftragte: Der Auslegung der Entwürfe der Flächennutzungsplanänderung und des Bebauungsplans für das Gebiet „Südlich Nonnenstieg“ hat der Verwaltungsausschuss in nichtöffentlicher Sitzung am 11.11.2013 zugestimmt. Zuvor am 07.11.2013 hatte die Naturschutzbeauftragte der Stadt, Britta Walbrun, in der öffentlichen Sitzung des Bauausschusses Naturschutzbedenken gegen den Entwurf angemeldet und einen schriftlichen Fragenkatalog (liegt inzwischen vor) angekündigt. Ihre kritischen Fragen wiederholte Frau Walbrun auf der gestrigen Bauausschuss-Sitzung (21.11.2013) und bat die Verwaltung erneut um Stellungnahme. Sie hält die Auslegung für verfrüht. Pro Nonnenstieg e.V. begrüßt ihre Expertise, schließt sich den Bedenken der Naturschutzbeauftragten an und plädiert für eine Überarbeitung des Bebauungsplanentwurfs noch vor Beginn der Auslegungsphase.

Pro Nonnenstieg e.V. hält den Bebauungsplan auch aus vielen anderen Gründen, ausführlich dargelegt im „Zweiten Offenen Brief an Oberbürgermeister Wolfgang Meyer und die Ratsmitglieder vom 06.11.2013, für unausgereift und eine Auslegung der jetzigen Pläne für verfrüht. Vor der Auslegungsphase sollte die Verwaltung Stellung zu den Kritikpunkten der Naturschutzbeauftragten und der Anwohner nehmen und den Entwurf entsprechend anpassen.

Während die Ratspolitiker Pro Nonnenstieg e.V. gegenüber versicherten, dass die Öffentlichkeitsbeteiligung mit der Auslegungsphase erst richtig beginne und alle vorgebrachten Einwände im Bebauungsplanentwurf berücksichtigt würden, geht die Stadtverwaltung offenbar von einem unveränderten Beschluss aus. Stadtbaurat Thomas Dienberg jedenfalls hält den jetzigen Entwurf für „planungsreif“. Dies offenbarte sich, als Pro Nonnenstieg e.V. auf der Bauausschuss-Sitzung dafür plädierte, die Gestaltungsvereinbarung erst nach der Auslegungsphase zu verabschieden. Grund: Ein Vertrag zwischen der Stadt Göttingen und einem potentiellen Investor über Details der Bebauung könne erst dann sinnvoll geschlossen werden, wenn die Flächennutzungsplanänderung und der Bebauungsplan unter Berücksichtigung der Bürgereinwände verabschiedet seien.

Herr Stadtbaurat Dienberg sprach sich hingegen für eine sofortige Verabschiedung der Gestaltungsvereinbarung aus, da der Bebauungsplan im Wesentlichen feststehe. Dies widerspricht dem Gedanken der öffentlichen Auslegung, die der Beteiligung der Bürger dient. Doch eine Beteiligung scheint weder gewünscht noch überhaupt möglich zu sein. Auch in diesem Punkt, Gestaltungsvereinbarung vor Bebauungsplan, soll das Pferd – wie im gesamten Verfahren - von hinten aufgezümt werden. Insbesondere die Tatsache, dass auf der öffentlichen Sitzung im Bauausschuss Beratungsbedarf angemeldet und zwei Werkstage später im Verwaltungsausschuss hinter verschlossenen Türen die Auslegung einstimmig abgenickt wurde, enttäuscht und widerspricht dem demokratischen Prozess.

Auch in anderer Hinsicht scheint man die Öffentlichkeit in die Irre führen zu wollen: Kürzlich wurde eine mögliche Unterbringung von Flüchtlingen und Studenten in den IWF-Gebäuden von einem „anonymen Ratsmitglied“ angeregt. Bis auf Gerd Nier/GöLinke sprechen sich jedoch alle Ratsfraktionen sowie die Verwaltung vehement gegen diese Idee aus. So fragt man sich, ob diese scheinheilige Debatte nur dem Zweck dienen sollte, die Ostviertelbewohner in eine ausländerfeindliche Ecke zu drängen und die Anwohner dazu zu bewegen, „lieber“ der Hochhaussiedlung zuzustimmen. Pro Nonnenstieg e.V. hatte übrigens schon im November 2012 bei Universität und Studentenwerk angefragt, ob von dieser Seite Interesse an dem Gelände und einer Nachnutzung der Gebäude für z.B. studentisches Wohnen bestünde. Bereits damals wurde Pro Nonnenstieg e.V. mitgeteilt, dass die Institutsgebäude generell für eine Wohnnutzung nicht infrage kämen, u.a. da sich die Bausubstanz in einem äußerst schlechten Zustand befände.